

Sonderausgabe / 2023



Rundbrief *aus der* **Gedenkstätte**



Kuratorium Gedenkstätte Ernst Thälmann e.V.

www.thaelmann-gedenkstaette.de

Hamburg auf den Barrikaden

1923 / 2023 *Dokumentation historischer Texte
zum Hamburger Aufstand vor 100 Jahren*



Vogelweide / Barmbek

Foto / Alwin Pflughaupt, 1923

“ *Die Barmbecker Arbeiter hatten
Bäume gefällt, das Straßenpflaster
aufgerissen, aus Baumstämmen,
Steinen und Sand die Straßenzugänge
verbarrikadiert. Hinter dieser Schutzwehr
kämpften sie wie Tiger.* ”

*Ernst Thälmann
Die Lehren
des Hamburger Aufstandes
1925*

Gegen Spende von 2 €



Impressum

Herausgeber:
Kuratorium der Gedenkstätte
Ernst Thälmann e.V.
Tarpenbekstraße 66/
Ernst Thälmann-Platz, 20251 Hamburg

V.i.S.d.P.: Olaf Harms

Redakteure:
Norbert, Olaf, Reinhardt, Udo

Bilder:
GET Archiv, Norbert

*Dieser Rundbrief
wird durch Spenden finanziert.
Um die Herstellung zu ermöglichen,
empfehlen wir
eine Spende von zwei Euro
pro Exemplar.*

Sondernummer GET Rundbrief Oktober 2023

Liebe Freundinnen und Freunde der Gedenkstätte Ernst Thälmann!

Vor nunmehr 100 Jahren, am 23. Oktober 1923 um 5 Uhr morgens, begann der Hamburger Aufstand, der in die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung eingegangen ist.

Wir wollen mit diesem Extra-Rundbrief u.a. die Lehren aus der Niederlage des Hamburger Aufstandes auflisten, wie sie von Ernst Thälmann 1925 dargestellt worden sind. Sie sollten heute gründlich studiert werden, um zukünftig Fehler für den Kampf um die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Krieg zu vermeiden.

So hatte die Kommunistische Partei mit Ernst Thälmann schnell daraus gelernt und sich, z.B., mit der Aktion „Fürstenenteignung“ und der am 10. Juli 1932 gegründeten „Antifaschistischen Aktion“ an die Spitze der fortschrittlichen deutschen Arbeiterbewegung gestellt.

Vergessen wir nicht die grausame Konsequenz aus der Niederlage von 1923

Der Widerstands- und Spanienkämpfer Erich (Vatti) Hoffmann schrieb dazu in der „Hamburger Volkszeitung“ Nr. 95 vom 23.10.1948 anlässlich des 25. Jahrestages des Aufstandes: „... Das, was 10 Jahre später eintrat, war die zwangsläufige Frucht der Antikommunistenhetze und der Toleranz gegenüber den wirklichen Totengräbern der Republik. Die geschichtliche Entwicklung mit der Machtergreifung des Faschismus, dem verbrecherischen Krieg mit seinen katastrophalen Folgen, hat die Hamburger Oktoberkämpfer tausendfach gerechtfertigt!“...

Die Enttäuschung und Ernüchterung über das Verhalten der Sozialdemokratie jener Zeit zeigen sich in den „Gedanken eines Sozialdemokraten“ aus dem Jahr 1924, hier in Auszügen wiedergegeben.

Darin ist aufgeführt, dass trotz guter Ernte in Deutschland 1923/24 fünfhunderttausend Menschen an Unterernährung gestorben sind und jedes 7. Kind nicht das 1. Lebensjahr erreichte! Nicht nur diesen Sozialdemokraten packte angesichts der grausamen Tatsachen Wut und Enttäuschung über seine Partei - die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Ferner druckt die Gedenkstätte Ernst Thälmann in diesem Rundbrief ganz bewusst Zeugenaussagen, Ausschnitte aus Zeitungsartikeln und andere Schlaglichter jener Zeit ab, die alle Bestandteile unseres Archives sind. Damit wollen wir deutlich machen, wie wichtig die Gedenkstätte mit ihrem Archiv für die gesamte linke Bewegung ist.

Das Wissen um den Kampf unserer Klasse darf niemals verloren gehen und sollte in die gesellschaftliche Arbeit einbezogen werden.

Diejenigen, die die Gedenkstätte unterstützen wollen, rufen wir zu:
Werdet Mitglieder im Förderverein!
Gerne könnt ihr euch auch persönlich einbringen, sprecht uns dazu einfach an.

Die Gedenkstätte ist eine Waffe in Zeiten der Geschichtsklitterung und des Totschweigens unserer Geschichte, der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Lest und studiert die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung!

**Vorstand der
Gedenkstätte
Ernst Thälmann e.V.**

schaft wehrlos zu machen, sie am Machtkampf zu hindern, sie mit Phrasen abzuspeisen, sie auf die "friedlichen", parlamentarischen Kampfformen der Vorkriegszeit zurückzudrängen. Aber die Logik von fünf Revolutionsjahren war stärker als die Schurkerei der rechten und die Feigheit der linken sozialdemokratischen Führer.

Vom Moment des Sturzes der Cuno-Regierung an sprang der Funke des Bürgerkrieges durch Deutschland. Schon vorher war an der Ruhr, in Hannover, in Oberschlesien, in Bayern und anderen Teilen Deutschlands geschossen worden. Jetzt wurde es mit jedem Augenblick klarer, daß eine friedliche Entscheidung nicht mehr möglich war. Der erbarmungslose gewaltsame Kampf zwischen Klasse und Klasse wurde unvermeidlich. Aus den Streiks wurden Zusammenstöße, aus den Kundgebungen wurden blutige Kleinkämpfe zwischen Arbeitern und Polizei in Dutzenden deutscher Städte. Es kam der Augenblick, von dem Lenin in seinen "Lehren des Moskauer Aufstandes" im Jahre 1906 sprach: Es zeigte sich, "daß sich der Generalstreik als selbständige und hauptsächliche Kampfform überlebt hat, daß die Bewegung mit elementarer, unwiderstehlicher Gewalt diesen engen Rahmen durchbricht und eine höhere Kampfform, den Aufstand, gebiert".

Diesem Augenblick näherten wir uns im Oktober 1923 mit unheimlicher Schnelligkeit. Eine unmittelbar revolutionäre Situation war vorhanden. Alle Bedingungen für den Sieg der Arbeiterklasse waren da, außer einer einzigen: dem Bestehen einer klaren, eisern zusammengeschlossenen, unauflöslich mit den breitesten Massen verbundenen kommunistischen Partei, die entschlossen und fähig war, den spontanen Kampf der Arbeitermassen zu organisieren, ihn zu leiten.

Die Führung unserer Partei versagte in der entscheidenden Stunde.



Ernst Thälmann spricht anlässlich des 7. Jahrestages des Hamburger Aufstandes im „Sagebiel“ Hamburg, 1930

Der Eintritt führender Kommunisten gemeinsam mit den linken Sozialdemokraten in die sächsische Regierung war nur dann richtig, wenn dieser Schritt einem einzigen Ziel diente: der Organisation der Revolution, der Bewegung der Massen, der Aufnahme des Kampfes in ganz Deutschland.

Gerade dieses Ziel verlor die damalige Leitung unserer Partei aus den Augen. Unsere Führer benutzten ihre Stellung in der sächsischen Regierung nicht zur Entfesselung, sondern zur Vermeidung des Kampfes. Koalitionspolitik war es nicht, daß sie in die sächsische Regierung eintraten, sondern daß sie sich in dieser Regierung übertölpeln und führen ließen, anstatt die Arbeitermassen in den Kampf gegen die Reichsregierung zu führen.

Sie vergaßen, daß die Bewegung "in eine höhere Kampfform" übergehen mußte. Sie beschränkten sie auf den "engen Rahmen", ja sie versuchten sogar, den engen Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Teilkämpfe noch "enger" zu spannen. Sie gaben den Auftrag, bestehende Streikbewegungen abubrechen, da "der entscheidende Kampf bevorstehe".

Unsere Partei als Ganzes war noch viel zu unreif, um diese Fehler der Führung zu verhindern. So scheiterte im Herbst 1923 die Revolution am Fehlen einer ihrer wichtigsten Voraussetzungen: dem Bestehen einer bolschewistischen Partei.

Die SACHSENPOLITIK endete mit dem kampflosen Rückzug. Die Reichsexekutive, der Einmarsch der weißen Generale, besiegelte die Niederlage.

Ist damit die Geschichte des Oktobers 1923 erschöpft? Nein und abermals nein! Man beging noch später mehrfach den Fehler, in Resolutionen und Artikeln, ja sogar in Reden vor dem bürgerlichen Gericht nur auf Sachsen hinzuweisen, wenn man vom Oktober 1923 sprach. Aber es gab nicht nur Sachsen, sondern es gab auch Hamburg!

HAMBURG bestätigte in größtem Maßstabe die Leninsche Lehre, "daß die Bewegung mit elementarer, unwiderstehlicher Gewalt diesen engen Rahmen durchbricht und eine höhere Kampfform, den Aufstand, gebiert". Der Hamburger Aufstand bildete, wie es in den Thesen der Januar-Exekutive von 1924 heißt, den "Gegenpol zu Sachsen".

Diejenigen, die in der Geschichte unserer ganzen Partei bis Frankfurt nur Unfähigkeit, Verrat und Opportunismus erblicken, vergessen die gewaltige Lehre des Hamburger Kampfes. Sie vergessen, daß die tiefen Mitgliedermassen unserer Partei keineswegs in passiver Ohnmacht dahindämmerten, sondern daß sie zur Einsetzung ihres Lebens für die Er kämpfung der Macht entschlossen waren. Und die Hamburger Arbeiter können mit größerem Recht als alle anderen sagen: Es waren nicht nur die Hamburger, sondern auch die Berliner, die sächsischen und alle anderen kommunistischen Arbeiter in Deutschland, die zum Kampfe bereit waren.

Die Wasserkante hatte die gleiche Entwicklung durchgemacht wie das ganze übrige Deutschland. Eine Welle von Streiks und Lohnkämpfen jagte durch das ganze Küstengebiet. Am 20. Oktober fanden in Hamburg mächtige Arbeitslosendemonstrationen statt. In verschiedenen Stadtteilen kam es zur Plünderung von Lebensmittelgeschäften und zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Die Bannmeile wurde seit Jahren zum erstenmal mit Gewalt durchbrochen. Am Dienstag, dem 23. Oktober, in der Frühe, Punkt 5 Uhr, wurden bald in allen Hamburger Außenbezirken die Polizeiwachen von revolutionären Kampftrupps überfallen, die Polizeibeamten sämtlich entwaffnet. Alle Vorräte an Waffen und Munition aus den sechszwanzig überrumpelten Polizeiwachen nahmen die revolutionären Kampftrupps mit sich. Als das Polizeipräsidium seine Überfallkommandos und die von außerhalb bereits herangeholten Verstärkungen entsandte, waren die Kampfbezirke in bewaffnete Festungen verwandelt. Hunderte von Arbeitern und Arbeiterfrauen bauten in den Straßen Barrikaden. Unsterblich bleibt der Ruhm des roten Barmbeck. Die Polizeitruppen marschierten in ganzen Kompanien und Bataillonen an, aber sie mußten immer wieder unverrichteter Sache umkehren, da ihre Verluste bei jedem Sturmangriff größer wurden. Die Barmbecker Arbeiter hatten Bäume gefällt, das Straßenpflaster aufgerissen, aus Baumstämmen, Steinen und Sand die Straßenzugänge verbarrikadiert. Hinter dieser Schutzwehr kämpften sie wie Tiger.

Die ersten Kampftrupps waren beim Handstreich auf die Polizeiwachen unbewaffnet. Sie holten sich die Gewehre und die Munition erst von der Polizei. 300 Mann standen im Schnell- und Trommelfeuer von 6000 Söldnern der Polizei, der Reichswehr und der Marine. Sie standen drei Tage und drei Nächte. Sie griffen an, sie fielen, sie wichen zurück, aber sie ergaben sich nicht.



Der Sitz der Bezirksleitung Wasserkante der KPD-Hamburg. Valentinskamp 40-42, 1923

Sie retteten die Ehre der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sie waren die Preisfechter der deutschen Arbeiterklasse.

Hamburg wurde geschlagen. Die Barrikadenkämpfer wurden niedergeworfen. Zwar wurden nur wenige getötet, der beste Teil wurde gefangen, verfolgt und zersprengt. Noch heute sitzen sie in den Zuchthäusern und Festungen. Sie gaben durch ihre heldenmütige Verteidigung in den Hamburger Hochverratsprozessen ein Musterbeispiel dafür, wie Kommunisten vor den bürgerlichen Klassengegner auftreten sollen.

Die proletarische Revolution hat mehr als eine blutige Niederlage ertragen. Sie ist niemals daran verblutet. Sie ist stärker, stolzer, entschlossener weitergeschritten. Die Pariser Kommune wurde niedergetreten. Die russische Revolution von 1905 endete an den Galgen des Zaren, in den Kerkern, in Sibirien.

Und sie erwachte trotzdem aufs Neue! Auch Hamburg ist nicht tot, sondern Hamburg ist unbesieglich. Neue Aufstände des Proletariats, neue Siege der Konterrevolution sind dem deutschen Oktober gefolgt. In Polen, in Estland, in Bulgarien standen die Arbeiter auf und wurden geschlagen. Und dennoch werden sie siegen!

Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszuge der Revolution nicht nur durch ihre unmittelbaren positiven Resultate, sondern vor allem infolge der großen Lehren, die sie der ganzen Arbeiterklasse einhämmern.

WAS SIND DIE WICHTIGSTEN LEHREN DES HAMBURGER AUFSTANDES?

1. Eine zahlenmäßig geringe Schar von Proletariern, die mit größtem Heldenmut unter dem Banner der Diktatur [des Proletariats] gekämpft haben, konnte sich mit Erfolg gegen die zwanzigfache Übermacht der glänzend organisierten und bewaffneten Truppen der Bourgeoisie militärisch halten.

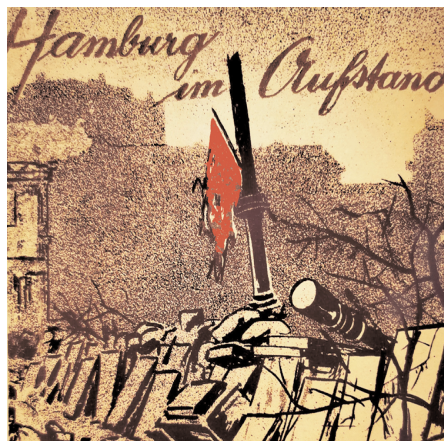
2. Der unvergängliche Ruhm der Hamburger Oktoberkämpfer besteht darin, daß sie in einer revolutionären Situation zu den Waffen griffen, obwohl sie den Sieg nicht zu 99 Prozent in der Tasche hatten. Der Leninismus lehrt, daß man den Kampf aufnehmen muß, wenn ernste Chancen für den Sieg vorliegen. Eine Garantie für den Sieg gibt es niemals im voraus. Die Niederlage in einem solchen Kampf ist tausendmal fruchtbarer und wertvoller für die Zukunft des Klassenkampfes als ein Rückzug ohne Schwertstreich.

weiter auf Seite 6

3. Der Aufstand führte zur Niederlage, weil er isoliert blieb, weil er nicht in Sachsen und im ganzen Reiche sofort unterstützt wurde. Mögen die Arbeiter in einem einzelnen Ort mit dem größten Heldenmut, getragen von der stärksten Massenbewegung, den Kampf aufnehmen: Sie werden geschlagen, wenn nicht das Proletariat im ganzen Lande mit ihnen geht. Gerade darin, in der Organisierung und Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse in allen Industriezentren und Großstädten im ganzen Lande, besteht die Rolle der kommunistischen Partei als Vortrupp des Proletariats. Gerade darum brauchen wir eine eiserne, völlig geschlossene, restlos verschmolzene, unbedingt disziplinierte Partei.

4. Es ist nicht wahr, daß der Hamburger Aufstand ein Putsch war, sondern er wurde von der Sympathie der breitesten Massen getragen. Sogar der Polizeisenator Hense mußte wütend zugeben, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in Hamburg, dieser rechtesten Organisation der SPD, und mit ihnen "die weitesten Kreise der Bevölkerung zu den Kommunisten hielten". Unsere Schwäche bestand nur darin, daß wir nicht verstanden, diese Massen fest um uns zu scharen, sie rechtzeitig in allen Teilkämpfen zu uns herüberzuziehen, mit ihnen die Einheitsfront gegen die sozialdemokratischen Führer zu schließen.

5. Um bei der unvermeidlich kommenden Wiederkehr des Hamburger Kampfes in viel größerem Maßstabe siegen zu können, müssen wir wie ein Keil in die Massen eindringen, sie durch tausend Klammern mit uns vereinigen, eine wirkliche proletarische Einheitsfront mit Millionen Arbeitern bilden.



In den Gewerkschaften, in allen parteilosen Organisationen der Arbeiterklasse muß ein großer revolutionärer Flügel heranwachsen, der gemeinsam mit den Kommunisten zum Träger der kommenden Kämpfe wird.

6. Als besonderer Mangel wurde in den Hamburger Oktobertagen das Fehlen einer starken Rätebewegung empfunden. Diese Tatsache ist noch nicht genügend in der Partei verstanden worden. Die Räte sind die Organe, die in einer revolutionären Situation die Millionenmassen des Proletariats zusammenfassen, die das Rückgrat des Kampfes bilden. Diese Lehre dürfen wir auch in der jetzigen Periode zwischen zwei Revolutionen nicht vergessen.

7. Die Machtergreifung des Proletariats ist kein einmaliger Akt. Sie besteht nicht nur in dem militärischen Kampf gegen die Truppen der Bourgeoisie, sondern sie muß durch jahrelange, ausdauernde Arbeit der Kommunistischen Partei und des ganzen Proletariats vorbereitet werden. Die kommenden Siege über die Bourgeoisie müssen durch unzählige Teilkämpfe erzogen, vorbereitet, organisiert werden. Dies ist unsere Hauptaufgabe in der jetzigen Periode.

8. Es ist falsch, daß durch die Oktoberniederlage von 1923 eine einzigartige revolutionäre Situation ein für allemal "verpaßt" wurde. Die Niederlage von 1923 war keine dauernde, ebenso wenig wie die Niederlage des Spartakusbundes in den Nosketagen von 1919 eine dauernde war. Die Stabilisierung des bürgerlichen Deutschlands hat keinen langen Atem: trotz Dawesplan und Garantiepakt. Besser: wegen Dawesplan und Garantiepakt. Die kapitalistische Stabilisierung in Deutschland erlebt jetzt ihre erste "Atemnot". Das große Resultat des Hamburger Aufstandes ist, daß die Arbeiter den scheinbar unbesiegbaren Klassenfeind dreimal vierundzwanzig Stunden lang in seiner ganzen Schwäche gesehen haben. Zu den Hamburger Tagen haben die Arbeiter die Bourgeoisie am Rande des Abgrundes gesehen. Und sie werden diesen Augenblick niemals vergessen! Wir gehen nicht einer Versumpfung, sondern neuen Kämpfen, wir gehen mit eherner Notwendigkeit in Deutschland der zweiten Revolution entgegen. Darum gehört der Hamburger Aufstand nicht "der Geschichte" an, sondern er ist eine Probe für die Zukunft.

9. Der Aufstand war ein Musterbeispiel für die glänzende, reibungslos arbeitende Organisation des revolutionären Kampfes. Aber er offenbarte zugleich den größten organisatorischen Fehler unserer Partei. Die Hamburger Kämpfer besaßen die volle Sympathie der Arbeiter in den Betrieben, aber sie hatten organisatorisch keine Verbindung mit ihnen. Es zeigte sich die ganze Unbrauchbarkeit, die verhängnisvolle Rückständigkeit unserer alten sozialdemokratischen Wohnorganisation.



Willy Collberg (Ausschnitt)

Die Wahlmaschine taugt nicht für die Barrikaden! Die schwerste Lücke in der Hamburger Kampf-front war das Fehlen kommunistischer Betriebszellen. Eine Kämpferschar wie die Hamburger, die sich auf fest verwurzelte Zellen in allen Betrieben und auf die Vereinigung der breitesten Arbeitermassen stützt, wird künftig in einer ähnlichen Situation unbesiegbar sein.

10. Die größte, wertvollste Lehre des Hamburger Aufstandes ist die großartige Erfüllung der Rolle der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Die Kommunisten waren nicht in Worten, sondern in der Tat der Vortrupp, die Führung, der Wegweiser der Arbeiterklasse. Sie gaben der Bewegung ein klar umrissenes Ziel, ein genau formuliertes Programm: die Diktatur des Proletariats. In dieser Beziehung steht der Hamburger Kampf auf einer weit höheren Stufe als alle früheren Bewegungen. Die Märzaktion von 1921 z.B. hält keinen Vergleich mit dem Hamburger Aufstand aus. Nur weil die Partei die Führung des Kampfes fest in den Händen hatte, wurde von den Hamburger Revolutionären zum ersten Male in Westeuropa die Marx-Engelssche Lehre begriffen und verwirklicht, daß "der Aufstand eine Kunst und daß die größte Hauptregel dieser Kunst die mit verwegener Kühnheit und größter Entschlossenheit geführte OFFENSIVE ist."

Das sind die wichtigsten Lehren des Hamburger Aufstandes. Das grausame Lehrgeld, das wir für sie zahlten, waren der Tod und die Einkerkierung unserer Besten. Und dennoch: Diese Opfer werden sich hundertfach lohnen. Sie wurden nicht nur für den Aufbau einer Partei von Bolschewisten in Deutschland, sondern für die Zukunft der ganzen Arbeiterklasse gebracht.

Augenblicklich befinden wir uns nicht in der Periode des direkten Sturmes, des unmittelbaren Kampfes um die Eroberung der Macht. Wir befinden uns in der Periode zwischen der ersten und der zweiten Revolution. Analysiert man die Weltlage und die konkrete Situation in Deutschland, so ist es für jeden ernsthaften Menschen klar, daß die gegenwärtige "Atempause" nicht lange dauern wird. Wir müssen sie gut ausnutzen, um zu lernen, unsere Kräfte zu erweitern, uns und die Arbeiterklasse zu schulen, uns und die Arbeiterklasse politisch und organisatorisch vorzubereiten auf die neuen Hamburger Tage, die in allen Städten Deutschlands eine gewaltige Wiederkehr erleben werden.

Gerade in der jetzigen Periode des geduldigen Kleinkampfes, der zähen, langsam wachsenden Teilbewegungen dürfen wir keine Minute die Bedeutung und die Lehren des Hamburger Aufstandes vergessen. Unsere Partei vollzieht eine entscheidende Umstellung von der Spitze bis in die unterste Tiefe. Sie merzt den scheinrevolutionären, wortradikalen Geist aus. Sie beseitigt die Reste des Sektierertums, der Massenverachtung in ihren eigenen Reihen. Sie ändert ihre Taktik, um sich noch fester, noch enger mit den sozialdemokratischen Arbeitern, mit den Massen in den Gewerkschaften und in den Betrieben zu verbinden. Sie geht an die völlige Umgestaltung ihrer organisatorischen Grundlagen heran. Sie arbeitet an der Schaffung eines großen linken Flügels in der Arbeiterbewegung.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben brauchen wir vor allem die geduldige, mühselige, hartnäckige Tagesarbeit. Bedeutet das, die Politik des Hamburger Aufstandes zu verlassen? Nein! Wenn wir sie verlieren, sind wir verloren. Durch den Übergang zur Politik der Massengewinnung und der Massenführung schmieden wir die Klassenbasis für einen anderen Hamburger Aufstand von ungleich größerem Ausmaß, von viel weiterer Tragweite, von noch tieferer historischer Bedeutung, als es der erste war.

Mehr denn je muß in dieser Periode jeder deutsche Kommunist, jedes Parteimitglied, jedes Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, jeder revolutionäre Arbeiter stets und unverrückbar das Bild des Hamburger Oktoberkämpfers vor Augen haben: kaltblütig, todesverachtend, der Sache der Arbeiterklasse grenzenlos ergeben, das Gewehr in der Hand, vor sich die Barrikade, zum Empfang des Feindes bereit und den Blick auf ein einziges Ziel gerichtet, auf das größte, stolzeste Ziel, das es für einen Kommunisten gibt: die Diktatur des Proletariats.

**Die Rote Fahne (Berlin),
Nr. 245 vom 23. Oktober 1925**



Willy Collberg (Ausschnitt)

„Hamburg ist unbesiegbar“

Kämpfer des Oktoberaufstandes berichten — Der Sache Bebels und Thälmanns zum Siege verhelfen

Es war in den Oktobertagen des Jahres 1923. Am 22. Oktober traten die Hafen- und Werftarbeiter in den Streik. Sie protestierten dagegen, daß die Reichswehr in Sachsen einmarschierte. In den Morgenstunden des 23. Oktober 1923 nahmen unbewaffnete Arbeiter in Barmbek, Uhlenhorst, Winterhude, Eimsbüttel, Schiffbek, Hamm und Bramfeld die Polizeiwachen ein. Die Polizisten wurden entwaffnet. Die Arbeiter waren Herr der Lage. Durch Männer, Frauen und Jugendliche wurden Barrikaden errichtet. Der Senat, der in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten bestand, wandte sich an den Reichswehrgeneral Lettow-Vorbeck in Schwerin um Hilfe gegen die Arbeiter. Rund 6000 Mann Polizei und Militär mit schweren Waffen ausgerüstet, versuchten Barmbek zu stürmen.

Die Arbeiter leisteten drei Tage und drei Nächte einen heroischen Widerstand. Der Aufstand wurde auf den Beschluß der Partei abgebrochen, da der Kampf durch den Verrat Brandlers isoliert blieb. Der hervorragende Führer des Kampfes war der größte Sohn der Hansestadt, Ernst Thälmann.

Wir haben uns mit Teilnehmern dieser nationalen Erhebung über ihre Erlebnisse unterhalten. So erzählte uns der Arbeiter

A. B.: „Am Morgen, 5 Uhr, stürmten wir die Polizeiwache in Barmbek. Wir waren etwa 20 Genossen und ich hielt zehn Polizisten in Schach.“

Der Arbeiter A. R. weiß zu berichten: „Während des Aufstandes und nachher in der Illegalität war ich der ständige Begleiter von Ernst Thälmann. Ernst Thälmann und ich begaben uns nach dem Kampfplatz in Barmbek. Ernst Thälmann ermunterte persönlich die Kämpfer an der Barrikade auf dem Barmbeker Marktplatz und an anderen Orten... Als er klar war, daß nicht im ganzen Reiche losgeschlagen wurde, gingen Ernst Thälmann und ich in die verschiedenen Stellungen (Schiffbek, Bramfeld), um die Genossen aus dem Kampf herauszunehmen.“

Der Arbeiter W. W. wurde wegen Teilnahme an der Verteidigung der Muggen-kampfwache verhaftet und kurz vor Weihnachten 1923 vom Außerordentlichen Gericht zum Tode verurteilt. Er erzählt: „In der neuen Verhandlung wurde ich dann zu 12 Jahren Festung verurteilt. Vor mir war schon der Genosse T., den die Polizei bei der Verteidigung der Krugkoppelbrücke verhaftet und ein Auge ausgeschlagen hatte, fast besinnungslos von den grausamen Mißhandlungen, ebenfalls zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde ausgesprochen, obwohl er keinen Schuß abgegeben hatte. Er wurde einige Tage später begnadigt und das Urteil in zehn Jahre Zuchthaus umgewandelt.“

Der Mitkämpfer P. V. erzählte: „Als es dann langsam war ich bei dem Sturm auf die Muggenkampfwache dabei. Anschließend nahmen wir die Wache in der Fruchthalde. Die erste Wache eroberten wir ohne Schußwaffen, nur mit Knütteln bewaffnet. Wir blüfften mit umgedrehten Tabakspfeifen. Ungefähr 20 Mann drangen in die Wache ein, und etwa 50 blieben draußen. Die Polizisten hatten Sympa-

thie für unsere Sache. In beiden Wachen gab es keinen Widerstand. Die Waffen wurden zum Teil freiwillig abgegeben. Man zeigte uns sogar bereitwillig, wo die Waffen aufbewahrt waren... Nachmittags stießen wir auf die Reichswehr. Wir zogen uns auf die Dächer zurück und schossen von dort aus. Mein Schwager, der Polizist auf der Davidswache war, sagte später meiner Frau und mir: Schade, daß es nicht geklappt hat.“

Zwei Jahre später, am 23. Oktober 1925, schrieb Ernst Thälmann in der „Roten Fahne“ unter anderem: „Hamburg ist nicht tot, sondern Hamburg ist unbesiegbar.“ Diese Worte beweisen sein großes Vertrauen zu der Hamburger Arbeiterklasse. Sie wird unbesiegbar gegenüber allen Anschlägen der Adenauerregierung sein, wenn sie heute genau so entschlossen wie in den Oktobertagen des Jahres 1923 nicht aufgesplittet, sondern geschlossen handelt. 1923 wurde die Kraft der KPD deutlich sichtbar. Heute setzt die KPD diesen Kampf fort, der sich auf die revolutionären Traditionen der Hamburger Arbeiterschaft stützt. Damit sie auch in der kommenden Bürgerschaft konsequent und kompromißlos die Interessen der Hamburger Werktätigen vertreten kann, gehört ihr das Vertrauen der Arbeiter bei der Bürgerschaftswahl.

Jungferreise der „Onassis“

Die 45 720 Tonnen große „Tina Onassis“ verließ am Donnerstagmorgen den Auslassungskanal der Howaldtswerke. Das 236 Meter lange Schiff, das im Auftrage des griechischen Millionärs Onassis in Hamburg gebaut wurde, fuhr zur ersten Wertprobefahrt aus. Dieses fremde Schiff ist das größte, das seit Kriegsende die Elbe befährt.

Tausende, die die Straßen um den Hafen säumten, erlebten dieses Schauspiel mit Schluß und Anfang. Die Menschen begrüßten das neue Schiff mit ohrenbetäubendem Heulen. Bei Neumühlen warfen auch die letzten Schlepper die Leinen los. Die 17 500-PS-Turbinen setzten die 42-Tonnenschraube in Bewegung. Die „Tina Onassis“ wird zunächst nach Bremerhaven fahren, um dort noch einmal eingedockt zu werden. In Hamburg konnte der Tanker nicht eingedockt werden, weil die britische Besatzungsmacht die großen Hamburger Docks beschlagnahmt hat.

So erzählte uns der Arbeiter A.B.

A.B.: „Am Morgen, 5 Uhr stürmten wir die Polizeiwache (im Original nicht lesbar). Ein Genosse und ich hielten zehn Polizisten in Schach“

Der Arbeiter A.R. weiß zu berichten:

„Während des Aufstandes und nachher in der Illegalität war ich der ständige Begleiter von Ernst Thälmann. Ernst Thälmann und ich begaben uns nach dem Kampfplatz in Barmbek. Ernst Thälmann ermunterte persönlich die Kämpfer an der Barrikade auf dem Barmbeker Marktplatz und an anderen Orten... Als es klar war, daß nicht im ganzen Reiche losgeschlagen wurde, gingen Ernst Thälmann und ich in die verschiedenen Stellungen (Schiffbek, Bramfeld) um die Genossen aus dem Kampf herauszuholen.“

Der Arbeiter W.W. wurde wegen Teilnahme an der Verteidigung der Muggenkampfwache verhaftet und kurz vor Weihnachten 1923 vom Außerordentlichen Gericht zum Tode verurteilt. Er erzählt:

„In der neuen Verhandlung wurde ich dann zu 12 Jahren Festung verurteilt. Vor mir war schon der Genosse T., den die Polizei bei der Verteidigung der Krugkoppelbrücke verhaftet und ein Auge ausgeschlagen hatte, fast besinnungslos von den grausamen Mißhandlungen, ebenfalls zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde ausgesprochen, obwohl er keinen Schuß abgegeben hatte. Er wurde einige Tage später begnadigt und das Urteil in zehn Jahre Zuchthaus umgewandelt.“

weiter auf Seite 9

Bürgerschaftswahl richtig zettel

haft am 1. November 1953
aburg

reis 44

Der Stimmzettel ist in dieser Spalte auszufüllen, und zwar in einem der Kreise	Der dazugehörige Landeswahlvorschlag beginnt mit folgendem Bewerber
☒	X
no- e Partei ands (SPD)	Brauer Max Hamburg-Altona Palmschule 49 — Bürgermeister —
g-Block DE, DDP)	Blumenfeld Fritz Hamburg 68 Wurzburgstraße 41 — Kaufmann —
lock)	Fink Heinrich Hamburg 6 Carolinenstr. 21, Hs. 4 — Werftarbeiter —
istische ands (KPD)	Radocke Wilhelm Hamburg-Fu. Bergringweg 5 — Bankdirektor —
ile (FSU)	Breit

Zur Hamburger Bürgerschaftswahl 1953 erschien in der „Hamburger Volkszeitung“ ein Artikel zum 30. Jahrestag des Hamburger Aufstandes, in dem ehemalige Teilnehmer ihre Erlebnisse schildern. Wir dokumentieren hier den vollständigen Artikel.

Hamburg ist unbesiegbar

Kämpfer des Oktoberaufstandes berichten — Der Sache Bebels und Thälmanns zum Siege verhelfen

Es war in den Oktobertagen des Jahres 1923. Am 22. Oktober traten die Hafen- und Werftarbeiter in den Streik. Sie protestierten dagegen, daß die Reichswehr in Sachsen einmarschierte. In den Morgenstunden des 23. Oktober 1923 nahmen unbewaffnete Arbeiter in Barmbek, Uhlen-

horst, Winterhude, Eimsbüttel, Schiffbek, Hamm und Bramfeld die Polizeiwachen ein. Die Polizisten wurden entwaffnet. Die Arbeiter waren Herr der Lage. Durch Männer, Frauen und Jugendliche wurden Barrikaden errichtet. Der Senat, der in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten bestand, wandte sich an den Reichswehrgeneral Lettow-Vorbeck in Schwerin um Hilfe gegen die Arbeiter. Rund 6000 Mann Polizei und Militär mit schweren Waffen ausgerüstet, versuchten Barmbek zu stürmen.

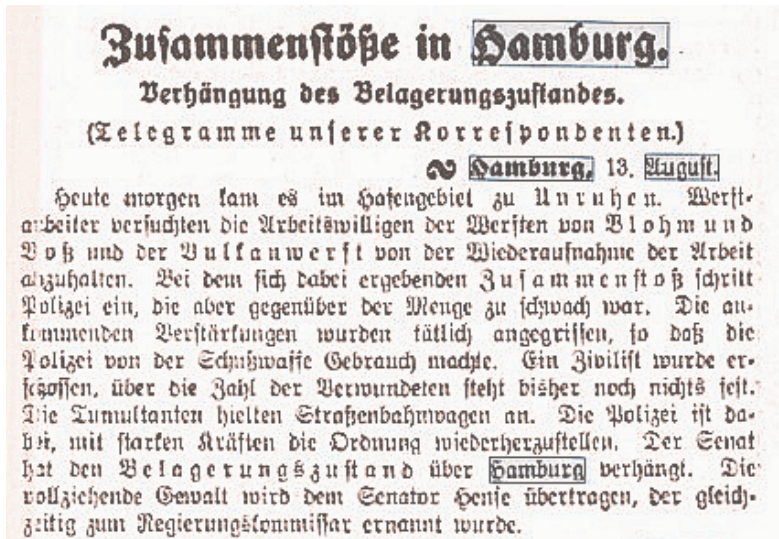
Die Arbeiter leisteten drei Tage und drei Nächte einen heroischen Widerstand. Der Aufstand wurde auf den Beschluß der Partei abgebrochen, da der Kampf durch den Verrat Brandlers isoliert blieb. Der hervorragende Führer des Kampfes war der größte Sohn der Hansestadt, Ernst Thälmann.

Wir haben uns mit Teilnehmern dieser nationalen Erhebung über ihre Erlebnisse unterhalten.



Willy Collberg (Ausschnitt)

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Morgen-Ausgabe Dienstag, 14.08.1923



Am 13. August 1923 ließ der sozialdemokratische Polizeisenator im Stadtzentrum wieder auf demonstrierende Arbeiter schießen. Vier Arbeiter fielen dem Mordterror zum Opfer, dreizehn wurden verletzt. Der Belagerungszustand wurde verkündet und die Hamburger Volkszeitung ver-

böten, das Parteibüro der KPD von der Polizei besetzt, Flugblätter, die zum Generalstreik aufriefen, beschlagnahmt.

(Quelle: Thälmann Ein Report, Czichon/Marohn)

Fortsetzung von „Hamburg ist unbesiegbar“

Der Mitkämpfer P.V. erzählte:

„...Als es dann losging, war ich bei dem Sturm auf die Muggenkampwache dabei. Anschließend nahmen wir die Wache in der Fruchtallee. Die erste Wache eroberten wir ohne Schusswaffen, nur mit Knüppeln bewaffnet. Wir blufften mit umgedrehten Tabakspfeifen. Ungefähr 20 Mann drangen in die Wache ein, und etwa 50 blieben draußen. Die Polizisten hatten Sympathie für unsere Sache. In beiden Wachen gab es keinen Widerstand. Die Waffen wurden zum Teil freiwillig abgegeben. Man zeigte uns sogar bereitwillig, wo die Waffen aufbewahrt waren....Nachmittags stießen wir auf die Reichswehr. Wir zogen uns auf die Dächer zurück und schossen von dort aus. Mein Schwager, der Polizist auf der Davidswache war, sagte später meiner Frau und mir: „Schade, daß es nicht geklappt hat“

Zwei Jahre später, am 23. Oktober 1925, schrieb Ernst Thälmann in der „Roten Fahne“ unter anderem: „Hamburg ist nicht tot, sondern Hamburg ist unbesiegbar.“ Diese Worte beweisen sein großes Vertrauen zu der Hamburger Arbeiterklasse. Sie wird unbesiegbar gegenüber allen Anschlägen der Adenauerregierung sein, wenn sie heute genauso entschlossen wie in den Oktobertagen des Jahres 1923 nicht aufgesplittert, sondern geschlossen handelt. 1923 wurde die Kraft der KPD deutlich sichtbar. Heute setzt die KPD diesen Kampf fort, der sich auf die revolutionären Traditionen der Hamburger Arbeiterschaft stützt. Damit sie auch in der kommenden Bürgerschaft konsequent und Kompromißlos die Interessen der Hamburger Werktätigen vertreten kann, gehört ihr das Vertrauen der Arbeiter bei der Bürgerschaftswahl.



Fotos / GET

Förderverein zum Erhalt der Gedenkstätte Ernst Thälmann e.V.

Hamburg-Eppendorf
Tel. 040/474184
Postanschrift:
Tarpenbekstraße 66
20251 Hamburg

Mail: etfoerderverein@hotmail.de

Bankverbindung: Haspa

IBAN:

DE48 2005 0550 1234 1242 51



Ich möchte zum Erhalt
der Gedenkstätte
beitragen
und Mitglied des
Fördervereins werden

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

E-Mail _____

Meinen Beitrag zahle Ich:

monatlich ☐

vierteljährlich ☐

halbjährlich ☐

jährlich ☐



Mindestbeitrag 5€ mtl.
(möglichst per Dauerauftrag)

1923 - Die linke Sozialdemokratie und das Zerplatzen einer Illusion Hilferuf aus Sachsen

Ein Hilferuf aus Sachsen nach dem Einmarsch der Reichswehr und die ca. ein Jahr später verfasste bittere, desillusionierte Betrachtung eines Sozialdemokraten an der Politik und den arbeiterfeindlichen Handlungen seiner Parteiführer (Seiten 12-14) offenbaren den Verrat der Mehrheitssozialisten und später das opportunistische Verhalten der SPD-Opposition.

Dieser Hilferuf aus Sachsen ist allgemein nicht bekannt. Auch uns liegen keine Originalabzüge dieses Hilferufes vor. Man kann aber davon ausgehen das er authentisch ist. Abgedruckt wurde dieser Aufruf 1930 in dem Buch „Klassenkampf um Sachsen, Ein Stück Geschichte 1918-1930“ des linken Sozialdemokraten Dr. Walter Fabian. Angaben zur Person Fabians sind im Internet zu finden.

Dr. Walter Fabian betrachtete diesen Aufruf in typischer sozialdemokratischer Sichtweise. So stellt er fest: „Der Hilferuf blieb vergeblich. Die deutsche Arbeiterschaft war unter den Schlägen der Inflationsjahre organisatorisch zu schwach und in ihrem politischen Wollen zu unklar und zu unentschlossen geworden. ...“ Fabian ignoriert die in der gesamten Weimarer Republik vor und nach dem Oktoberaufstand stattgefundenen Kämpfe, wie z.B. den Kampf gegen die Separatisten im Rheinland und der Pfalz Ende Oktober und Anfang November 1923. Die deutschen Kommunisten erkämpften und retteten zusammen mit Sozialdemokraten und Parteilosen die staatliche Einheit Deutschlands (übrigens war einer der geschlagenen Separatisten der spätere westdeutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer). Ferner ignoriert Fabian, dass die Sozialdemokratie die Illusion vertrat über bürgerliche Demokratie Wege den Sozialismus einführen zu können.



Freiberg in Sachsen von der Reichswehr besetzt, Oktober 1923
Bild aus „Ernst Thälmann-Bilder, Dokumente, Texte (Dietz 1986)

**Wichtig ist zu wissen:
der Hilferuf erfolgte nicht von der
Kommunistischen Partei, sondern
von linken Sozialdemokraten,
Gewerkschaftlern, Angestellten
und Beamten.**

Für uns steht also die Frage, war dieser Hilferuf den Genossen um Brandler und Brandler selbst nicht bekannt? Dies ist kaum vorstellbar. Warum verhallte dann dieser Ruf und die Kampfbereitschaft außerhalb der KPD? Warum wurde er von der KP-Führung nicht aufgenommen ?

Der Hilferuf:

**„An die werktätige Bevölkerung
Deutschlands.
Arbeiter! Angestellte! Beamte!
Frauen!**

In schicksalschwerer Stunde wenden sich die unterzeichneten Organisationen an die werktätige Bevölkerung Deutschlands.

Das proletarische Sachsen ist auf das schwerste bedroht. Die Reichsexekutive hat, angeblich um Ruhe und Ordnung und verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen, nach einer anderen Begründung, um Sachsen gegen Bayern zu schützen, bisher bereits etwa 60.000 Mann Reichswehr in Sachsen einmarschieren lassen.

weiter auf Seite 11



Abzeichen der
USPD zur
Vereinigung von
USPD und KPD
zur VKPD im
Dez. 1920

Es hat sich aber bereits jetzt unzweideutig ergeben, daß sich der Einmarsch der Reichswehr einzig und allein gegen die sächsische werktätige Bevölkerung richtet. Mitglieder der beiden proletarischen Parteien werden grundlos verhaftet. Ausschreitungen, die an Kriegszustände erinnern, werden gegenüber friedlichen Passanten verübt.

In Pirna gab es Tote und Verwundete, deren Verletzungen beweisen, daß auf sie von hinten, während sie den Platz räumten, geschossen worden ist. Das ist selbst durch den Stadtrat von Pirna, mit Einschluß seiner deutschnationalen Mitglieder, in einem öffentlichen amtlichen Protest festgestellt worden. Arbeiter wurden an einzelnen Orten grundlos mit dem Gewehrkolben geschlagen; teilweise ist, wie in Freital, an friedlichen Bürgern die Prügelstrafe vollzogen worden. Die Erregung der Bevölkerung ist spontan aufgeflammt. Die Arbeiter haben zum Teil demonstrativ die Arbeit niedergelegt.

Die Erregung wird um so größer, als dass Militär sich bereits anschickt, über die durch die Verfassung gesicherten Rechte der verfassungsmäßig gebildeten Regierung des Landes, der keinerlei Verfassungsverletzung nachgewiesen werden kann, hinwegzuschreiten.

Haussuchungen bei der Dresdner Polizeidirektion, Aufforderungen an die Bezirksschulämter unter Umgehung der Regierung, mißliebige Lehrer zu entfernen und zu bestrafen, die Verhaftung eines Regierungskommissars wegen amtlicher Handlungen, für die er nur der Regierung verantwortlich ist, beweisen, wohin der Kurs führt.

Die Reaktion hat schon seit Monaten nach der Reichsexekutive gegen Sachsen geschrien. Besonders taten es die sächsischen Industriellen. Der Reaktion war es nicht möglich, durch die letzte Landtagswahl die sozialistische Regierung zu stürzen. Da dies verfassungsmäßig nicht gelang, glaubt sie nun im Zeichen des Ausnahmezustands ihre Ziele verwirklichen zu können.

Die Reichswehr, stark aufgefüllt durch faschistische Elemente, wird von der Reaktion als ein geeignetes Instrument im Kampfe gegen die sozialistische Arbeiterschaft betrachtet, obwohl diese die stärkste Stütze der Republik und der Einheit des Reiches ist.

Bis zum Einmarsch der Reichswehr herrschte Ruhe und Ordnung im Freistaat Sachsen.

Alle entgegengesetzten Nachrichten der bürgerlichen Presse sind unwahr und verfolgen den Zweck, einen Scheingrund für den Einmarsch der bewaffneten Macht in friedliches, von einer Arbeiterregierung geleitetes Land zu schaffen. Unruhen, die im Reiche in weit größerer Zahl als in Sachsen zu verzeichnen waren, sind geboren aus der Not und Verzweiflung des industriell stark bevölkerten Sachsens. Zu deren Behebung reichten aber die sofort eingesetzten polizeilichen Machtmittel Sachsens völlig aus.

Nach allen Vorgängen der letzten Tage muß sich der Arbeitnehmerschaft die Ueberzeugung aufdrängen, daß ihr die wenigen staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Errungenschaften, die die Revolution brachte, entrissen werden sollen.

Zähneknirschend hat das gutdisziplinierte sächsische Proletariat trotz aller Provokationen bis jetzt die Ruhe bewahrt. Die Arbeitnehmerschaft weiß, daß sie die Gefahr, von der sie und die Republik bedroht ist, nicht allein abwenden kann.

Genossen Deutschlands! Kommt dem sozialistischen Sachsen zu Hilfe!

Es muß schnell gehandelt werden, soll nicht das Letzte verloren gehen. Sachsen galt immer als der Hort des fortschrittlichen und freiheitlichen Gedankens und als der Stolz der sozialistischen Arbeiterbewegung. Laßt es nicht zum Versuchsobjekt der Reaktion werden.

Genossen Deutschlands! Verhütet das!

Landesarbeitsauschuß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Bezirksauschuß Sachsen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Allgemeiner freier Angestellten- bund, Landessekretariat Sachsen.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Landesausschuß Sachsen.“

An die werktätige Bevölkerung Deutschlands. Arbeiter! Angestellte! Beamte! Frauen!

In schicksalsschwerer Stunde wenden sich die unterzeichneten Organisationen an die werktätige Bevölkerung Deutschlands.

Das proletarische Sachsen ist auf das Schwerste bedroht. Die Reichsexekutive hat, angeblich um Ruhe und Ordnung und verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen, nach einer anderen Begründung, um Sachsen gegen Bayern zu schützen, bisher bereits etwa 60 000 Mann Reichswehr in Sachsen einmarschieren lassen.

Es hat sich aber bereits jetzt unzweideutig ergeben, daß sich der Einmarsch der Reichswehr einzig und allein gegen die sächsische werktätige Bevölkerung richtet. Mitglieder der beiden proletarischen Parteien werden grundlos verhaftet. Ausschreitungen, die an Kriegszustände erinnern, werden gegenüber friedlichen Passanten verübt.

In Pirna gab es Tote und Verwundete, deren Verletzungen beweisen, daß auf sie von hinten, während sie den Platz räumten, geschossen worden ist. Das ist selbst durch den Stadtrat von Pirna, mit Einschluß seiner deutschnationalen Mitglieder, in einem öffentlichen amtlichen Protest festgestellt worden.

1924 – Der Rückblick eines Sozialdemokraten



Auszüge aus der 1924 erschienenen Broschüre „**Meine Partei**“, Artikel „Für alle Arbeiter von einem Sozialdemokraten“:

„Freiheit und Brot

... Wir wissen aber auch, was die Bilanz der Demokratie ist, derentwillen sich die Sozialdemokraten einen Noske, Ehrhardt, Lüttwitz und Marloh verschrieben, derentwillen die alten Manuskripte verbrannt worden sind. In Deutschland ist die Diktatur des Proletariats verhindert, die „Demokratie“ Sieger geblieben. Der Bolschewismus ist nicht über das Land gekommen, und es sind auch keine „sozialistischen Experimente“ versucht worden. Wo Arbeiter für diese Ideen aufgetreten sind, hat man sie blutig niedergeschlagen oder ins Zuchthaus geworfen.

Die Demokratie herrscht! Und wie sieht sie aus?

... Wohl haben wir das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht. In den ostpreussischen Gutsbezirken ist jedoch der Wahlterror der preussischen Junker schlimmer denn je. Wohl haben wir eine Parlamentstribüne. Die im Besitze der Schwerindustrie und der Junker befindlichen Zeitungen, Telegraphen-Agenturen, Zeitschriften und Verlage hindern jedoch, daß das freie Wort in das Volk dringt. Ganz Deutschland ist in einen Dunst von Lügen eingehüllt, wie kaum ein zweites Land der Erde. Die Pressefreiheit besteht nicht. Die Zeitungen und Menschen, die die wahren Interessen der Arbeiterschaft, der Beamten und Angestellten vertreten, werden in irgend einer Form mundtot

gemacht. Fortgesetzt werden die Arbeiterzeitungen, die kommunistischen Zeitungen, verboten, die Redakteure verhaftet und unter den wichtigsten Vorwänden jahrelang ins Gefängnis oder in Untersuchungshaft gesetzt.

Selbst der Abdruck von Parlamentsreden über die Rüstungen der Monarchisten ist bereits bestraft worden. ... Die Parlamente und die gesamte Demokratie sind zu nackten Machtinstrumenten der kapitalistischen Gesellschaft geworden, und es wird nicht einmal ein Protest der SPD laut. Im Gegenteil! Sie läßt es ruhig geschehen, wenn kommunistische Abgeordnete durch die Polizei aus dem Sitzungssaal herausgeschleift werden, wenn im Parlament, gepriesen als die Stätte der persönlichen Freiheit, Sipo-Hundertschaften gegen kommunistische Abgeordnete stationiert werden.“

Schlagen wir ein anderes Kapitel der Demokratie auf: „Die deutsche Justiz“

Zehntausende von Jahren Gefängnis und Zuchthaus sind allein in den letzten Jahren gegen Arbeiter und gegen kommunistische Funktionäre verhängt worden. Es blieb der Republik vorbehalten, Jugendliche von 18 Jahren zu vielen Jahren Zuchthaus und Gefängnis zu verurteilen, lediglich weil man bei ihnen kommunistische Flugblätter gefunden hatte. ... Allein 7000 Arbeiter sitzen seit vielen Monaten in Haft. Die Gefängnisse und Zuchthäuser sind überfüllt von politischen Gefangenen. ... In diesem Staatsgerichtshof sitzen Sozialdemokraten, wie Wissel und Brandes, als Richter, neben Demokraten und Zentrumsmitgliedern.

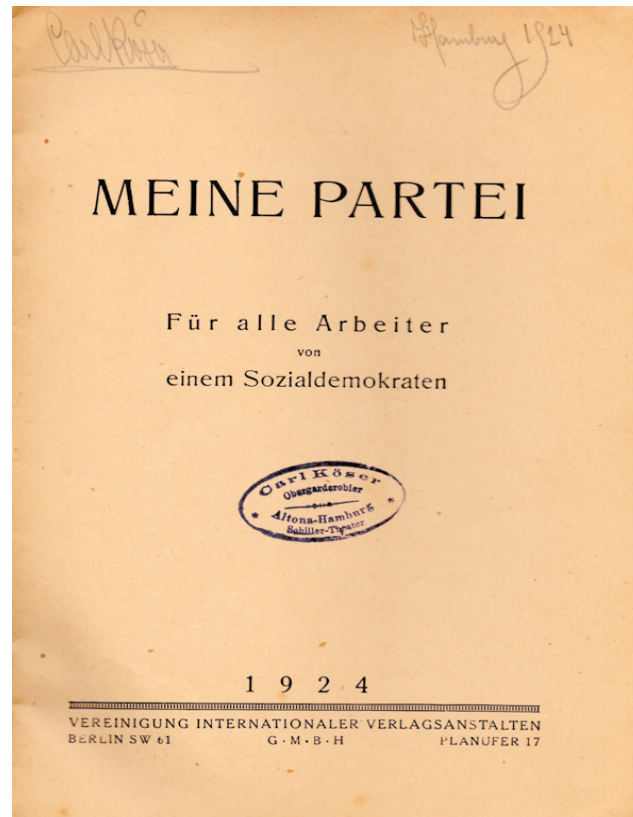
Der Sozialdemokrat Radbruch ist viele Monate hindurch Reichsjustizminister gewesen. Was hat der getan, um die Justizschmach zu beseitigen? Genau soviel wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion: nichts, obwohl sie genau weiß, wieviel Arbeiter unschuldig im Gefängnis und in Untersuchungshaft sitzen, und wieviel Mörder, Verbrecher, Schieber, Wucherer, Vermögensverschieber und Steuerhinterzieher frei herumlaufen. Selbst Angehörige der SPD, die sich hervorragend den Kämpfen in den Kapptagen, nach dem Rathenau- und dem Erzberger-Mord gegen die Monarchisten beteiligt haben, schmachteten hinter Gefängnismauern, und trotz alledem sind die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht einmal für die kommunistischen Amnestieanträge zu haben.

Die Sozialdemokratische Partei hat in der Tat alle Ursache, einer Diskussion über die Justiz aus dem Wege zu gehen. Waren es nicht die 174 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die im Herbst und Winter 1923 den Belagerungszustand gebilligt und begrüßt haben?

... Jene Regierung des § 48, die die gesamte Staatsgewalt dem Herrn v. Seeckt und sieben Generälen übertragen hat? ... Kein Sozialdemokrat hat einen Finger gerührt, als der Achtstundentag beseitigt wurde, zu einer Zeit, da die Unternehmer größtenteils zum Zwecke des Lohndrucks und der Verlängerung der Arbeitszeit ihre Betriebe geschlossen und zwei Millionen deutscher Arbeiter brotlos auf die Straße geworfen haben. Demokratie! Jawohl! Wenn sie das Spiel der deutschen Ausbeuter erleichtert!

Sachsen und Thüringen sind lebendige Beispiele. Dort hat es 1923 Parlamente mit sozialdemokratisch-kommunistischer Mehrheit gegeben. Was geschah? Reichswehr marschierte gegen diese Arbeitermehrheit, ... Unter friedliche Arbeiter wurde in verschiedenen sächsischen Städten geschossen. Allein in Freiberg in Sachsen zierten 34 Arbeiterleichen den Siegesmarsch der Demokratie. Tausende von Arbeitern wurden damals in Schutzhaft geworfen, Arbeiter wurden an Kavalleriepferde angebunden und aus den Dörfern geschleppt. Niemals haben die französischen Militäristen so brutal im besetzten Rheinland gehaust, wie die Soldateska des Bürgertums im proletarischen Sachsen und Thüringen. ... Die Sozialdemokraten selbst haben als ausführende Minister, Regierungspräsidenten, Landräte und Polizeipräsidenten die Rolle der Henkersknechte übernommen, die bürgerlichen Beamten niemals so gut gelungen wäre. Es war das ‚Berliner Tageblatt‘, das im Oktober 1923 bereits schreiben konnte: ‚Unter den sozialistischen Ministern hat sich eine kapitalistische Blüte ergeben wie kaum in einem anderen Lande.‘

Am 4. Oktober kennzeichnet im Berliner ‚8-Uhr-Abendblatt‘ der bürgerliche Geheimrat Professor Dr. Sänger die Rolle der SPD mit folgenden Worten:



„Es hat wohl in aller Geschichte keine radikal abgestempelte Partei gegeben, die vom Revolutionstatendrang so weit entfernt gewesen ist, wie unsere Mehrheitssozialisten. Mit einer Schüchternheit ohnegleichen hat sie alle wesentlichen Machtpositionen der bürgerlichen Gesellschaft unberührt gelassen und vor jedem radikalen Zugriff scheu zurückgebebt. Ihre Planwirtschaftsgedanken lebten sich in platonischen Formeln und Beschlüssen aus; dagegen half sie die Demobilisierungsnöte überwinden, stellte sich durch Bezwungung von Spartakus schützend vor die Bourgeoisie und hat durch eine kleinbürgerliche Angst vor jeder großzügigen Reform in Währung und Wirtschaft zwar vieles versäumt, aber jedenfalls zugleich doch auch verhütet, daß aus dem Niederbruch ein Chaos nach östlichem Muster worden ist. Wir „bürgerlichen“ Demokraten dürfen das nie vergessen.“

Wir haben in Deutschland den Bolschewismus und die Diktatur des Proletariats verhindert. Anstelle dieser Diktatur des Proletariats besitzen wir jedoch die Demokratie, und das ist die schrankenlose niederträchtige Ausbeuterherrschaft der Stinnes, Krupp und Klöckner, die Diktatur des Kapitals.

Anstelle des einen Wilhelm und der übrigen Fürsten sind Hunderte von hundertmal schlimmeren Industriearbarnen und Erzherzögen getreten. Es ist im November 1918 weder sozialisiert noch enteignet worden. Dafür haben wir die Inflation erlebt, und Millionen des ehemaligen

Mittelstandes, der Rentner, der Beamten und der Kleinbauern sind um den letzten Pfennig und um den letzten Besitz gebracht worden. ... Keinen Bolschewismus hatten wir und gute Ernten. Und dennoch ist unser Volk, wie Graf Westarp im Reichstage sagte: ‚bei vollen Scheunen verhungert‘ ... Unter den Kriegsbeschädigten jedoch hat ein Massensterben eingesetzt. Kinder, Frauen, Greise, Kranke sinken zu Zehntausenden in ein frühes Grab. Im Jahre 1923 ist in Deutschland jedes siebente Kind gestorben, bevor es ein Alter von einem Jahre erreicht hatte. **Nach den Blättern des ‚Roten Kreuzes‘ haben sich im Jahre 1922/23 in Deutschland 80 000 Menschen freiwillig das Leben genommen.**

weiter auf Seite 14

**1923/24 sind in Deutschland
500 000 Menschen an Unter-
ernährung gestorben.**

Millionen von Arbeitslosen und ihre Familien gehen einem schrecklichen Winter entgegen, und wenn wir die Monatsgehälter der in den Kontoren und Fabriken ausgebeuteten Frauen und Männer sehen, wenn wir auf die Kriegskrüppel und halbnackten Kinder sehen, die in den Straßen betteln oder in den Kellerlöchern und überfüllten Asylen für Obdachlose hungern und frieren; wenn wir in die Gerichtssäle gehen und die Folgen all dieses Elends erblicken, so erkennen wir deutlich den Segen der deutschen Demokratie, verteidigt durch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. ...

Das Massensterben der Säuglinge, die Qualen und Aengstse von 80 000 aus Not und Hunger in einem einzigen Jahre freiwillig aus dem Leben geschiedenen Menschen, das verletzt das Zartgefühl der Herren Müller, Scheidemann, Wels und Konsorten nicht im geringsten. Im Gegenteil! Das Mitgefühl ist für die Hohenzollern vorhanden, denen man die geraubten Güter und Schlösser zurückgibt, denen der unter sozialdemokratischer Mitherrschaft stehende Preußische Staat noch im Jahre 1920 die jährliche Kronrente von 20 Millionen Goldmark bezahlt hat und jetzt noch die 60 Millionen Goldmark Reichsnotopfer bezahlen soll, die der gekrönte Narr von Doorn gesetzmäßig schuldig ist ...

Friede und Sozialismus

... Wie die deutschen Arbeiter den Krieg und die Folgen des Krieges bezahlt haben, wie die Massen der Besitzlosen in Deutschland alle Lasten der letzten zehn Jahre restlos auf ihre Schultern nehmen mußten, so werden auch künftig unter der ‚Demokratie‘ alle politischen und wirtschaftlichen Ereignisse nur das Ergebnis haben, die Reichen immer reicher – die Armen immer ärmer werden zu lassen. Vorausgesetzt, daß es nur den Reichen gelingt, eine sogenannte Partei der Armen zu finden, die den Reichen hilft und die Armen bedrückt. ...

Die Opposition in der SPD

... Im Herbst 1923 war infolge der Verbrüderung der SPD mit der Stinnes-Partei der Unwille des größten Teils der SPD-Mitglieder so groß, daß die Wels, Severing, Stampfer, Müller und die anderen nicht einmal wagen konnten, in einer geschlossenen Mitgliederversammlung zu reden. In Berlin, in Sachsen, in Thüringen, in Hessen-Naussau, in Westfalen, im Rheinland, überall hatte die Opposition die Mehrheit. Und das Ergebnis: Um ein sicheres Reichstagsmandat haben die meisten Oppositionshelden die Opposition verraten und verkauft. Ihre Opposition ist ihnen nur ein Schacher um die Mandate und Pöstchen gewesen. Und als diese Mandate und Pöstchen gesichert waren, war es aus mit der ganzen Opposition. ...

Einer der Hauptwortführer der ehemaligen Opposition, der frühere Sozialdemokrat Jakob Altmaier, ist es gewesen, der einmal über diese Opposition geschrieben hat: ‚...Die Opposition hätte das Gewissen der SPD sein können. Sie hat ihren Frieden mit dem Parteivorstand gemacht, und niemals wieder wird die Sozialdemokratie eine Partei des Proletariats sein können.‘ ...

Der neue Reichstag

... Es ist der Führer der Preußischen Zentrumspartei, der Abgeordnete Geh. Rat Porsch gewesen, der am 29. Oktober auf dem Parteitage des preußischen Zentrums in Berlin gesagt hat:

‚Das unvermeidliche Zusammengehen mit der SPD hat sogar Momente für sich, die auch im kommenden Wahlkampf nicht übersehen werden dürfen; wenn wir Ruhe im Innern haben, so ist das gerade der Mitarbeit der Sozialdemokratie in der preußischen Regierung zuzuschreiben. Gerade ein sozialdemokratischer Innenminister war besser als vielleicht ein deutschnationaler in der Lage, die Kommunisten im Zaum zu halten.‘ ...

... ‚Ruhe im Innern‘ für das Bürgertum war Not und Elend für die arbeitenden Klassen.

... Um der Ruhe im Innern willen gestattet man auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und gibt die Industrie für diese Schutzgarde des Kapitals ihre Gelder.

... Um Ruhe im Innern zu haben, braucht man auch in den kommenden Jahren die SPD. ...

Sein Fazit:

„... Nicht um der Demokratie willen, wie wir SPD – Arbeiter es glaubten, hat das Bürgertum an der Seite von Ebert und Scheidemann gegen Liebknecht und Rosa Luxemburg gestanden und sie ermordet. Die große Liebe der Stinnes und Krupp, der Helfferich und Westarb zur Demokratie. Sie, die noch im Oktober 1918 das preußische Dreiklassenwahlrecht mit Zähnen und Klauen verteidigt hatten. Die von diesen Leuten plötzlich so heiß entdeckte Liebe zur Demokratie und Gleichberechtigung war die Liebe zu ihrem Geldbeutel, zu ihrem Besitz, zum Profit und zur Ausbeutung, war das wohlverstandene Klasseninteresse und der Klassenhaß gegen das Proletariat.

Die Zeiten hatten sich eben geändert. Die Herrschaft über Grund und Boden, über Fabriken und Arbeiter, über Büros und Angestellte ließ sich nicht mehr mit dem preußischen Wahlrecht aufrecht erhalten. Wohl aber mit der D e m o k r a t i e ! “

**„1924 - Rückblick eines
Sozialdemokraten
‘Für alle Arbeiter
von einem Sozialdemokraten‘**

Berlin, 9. November 1924“



Zeichnung von Kurt Zimmermann
Aus dem Buch: „Der Herbststurm
weht durch Hamburg“
Autor: Willi Meinck



Papierkarte der KPD
zum anstecken
für den Antifaschistentag
am 29. Juli 1923

Aus der **Hamburger Volkszeitung**
Nr. 95 vom 23.10.1948

Der Straßenkampf an den Brennpunkten

Wie es in Eimsbüttel zuging

Um die Wache 42, die sogenannte Mücken-kampfwache, spielte sich ein harter Kampf ab. Über die Maßnahmen um die Zurückgewinnung dieser Wache schrieb der Polizei-oberstleutnant Hartenstein:

„Zur Wiedereinnahme der Wache wurde sogleich die Radfahrerwache Bundesstraße entsandt, die bald durch einen Zug einer Radfahrerbereitschaft (Bundesstraße) und einen Panzerkraftwagen verstärkt wurde. Diese Teile vermochten den kommunistischen Widerstand im ersten Anlauf nicht zu brechen. Selbst, nachdem sie durch die 13. Bereitschaft (Altona) verstärkt worden waren, zeigte sich sehr bald, daß der in und bei der Wache als Dachschütze eingenistete, hartnäckig kämpfende Gegner selbst durch diese Polizeikräfte in schnellem Ansturm und durch Über-rumpelung nicht zu fassen war.“

„Die 13. Bereitschaft war mit einem Zuge Ecke Muggenkampstraße—Langenfelder Damm, mit dem Rest Methfesselstraße—Sillestraße eingesetzt. Der Panzerkraftwagen war zurückgezogen und nicht verwendungsbereit, da die Besatzung mehrere Verwundete hatte. Auch der Radfahrerzug war zurückgenommen. Der Aufrührer hatte die Muggen-kampstraße fast in ihrer ganzen Länge besetzt und hielt von hier aus die nach Süden abgehenden Straßen, wie Sartoriusstraße, Methfesselstraße und Osterstraße, unter Feuer.“

Erst mit Hilfe eines zweiten Panzerwagens und der Hinzuziehung weiterer Bereitschaften gelang es der Polizei, die Wache wieder zu nehmen.

Auf Barmbeks Barrikaden

Hartenstein berichtet: „Inzwischen hatte der Aufrührer in Barmbek ein außerordentlich starkes Widerstandszentrum durch Errichten von Barrikaden aller Art, Auswerfen von Schützengraben und weitgehendste Aus-nutzung, aller Verteidigungsmöglichkeiten innerhalb der Straßen und Häuserblocks ge-schaffen und sich hierzu meist als Dach-schütze eingenistet und verschant.“

Barmbek war der Hauptherd des Oktober-aufstandes. „Mit welcher geradezu fieber-haften Schnelligkeit gearbeitet wurde — schrieb der Polizeioffizier —, erhellt aus der zuver-lässigen Aussage eines Zivilisten, welcher mit

der Uhr in der Hand vom Fenster seiner Wohnung aus feststellte, daß vor seinem Hause eine Barrikade innerhalb von 9 Minu-ten entstand. Während dieser Zeit waren zwei Bäume gefällt, das Straßenpflaster ausgehoben und ein Erdaufwurf für kniende Schützen gebaut. Die Zahl der Barrikaden südlich des Osterbekkanals betrug 58.“

Es wird konstatiert, daß die Beteiligung der Frauen nicht nur darin bestand, den Männern Munition und Verpflegung heranzuschaffen, sondern auch darin, daß sie selbst mit der Waffe in der Hand eingegriffen hätten.

Die gefallenen Barrikadenkämpfer des Oktober 1923

Abbes, Hamburg
Baumert, Hamburg
Becker, Wandsbek
Beth, Hamburg
Geißler, Hamburg
Harms, Hamburg
Hempel, Hamburg
Hertel, Hamburg
Jachmann, Hamburg
Kolbe, Bramfeld
Kühn, Hamburg
Malinowski, Hamburg
Pollack, Hamburg

Pöhlmann, Hamburg
Schier, Hamburg
Schlodinski, Hamburg
Trende, Hamburg
Stichling, Hamburg
Infolge schwerer Ver-wundung gestorben:
Meier, Hamburg
Möller, Bergedorf
Im Gefängnis gest.:
Ziegler, Hamburg
Vom Gegner erschlag.:
Jungnickel, Bergedorf
Lewin, Bramfeld

Dem Einsatz der Staatsorgane gelang es nicht, die Kämpfer im Laufe des 23. Oktober zu überwältigen. Unter Hinzuziehung bedeu-tender Verstärkungen — so war auch Marine durch den Kreuzer „Hamburg“ und eine Torpedobootshalbflottille eingesetzt, auch alle in Hamburg befindlichen Panzerwagen sowie Reichswehr und ein Flugzeug zählten zur Verstärkung — wurde der Kampf um die Niederwerfung des Aufstandes am 24. Oktober fortgesetzt.

Zur Lage in Hamburg berichteten die Zei-tungen am Mittwoch, dem 24. Oktober:

„Mit Tagesanbruch lebte in Barmbek die Ge-fechtstätigkeit wieder stark auf. Besonders in der Gegend der Vogelweide wurde heute früh wieder viel geschossen. Die Aufrührer haben sich hier hinter neu errichteten Hindernissen verschant oder schleßen aus den Fenstern der Wohnungen auf die Polizei.“

Am 25. Oktober hatten sich die Aufständi-schen zurückgezogen, so daß die Polizei zur Säuberung übergehen konnte. So hieß es dann in den Zeitungen:

„Die Ordnungspolizei hat heute morgen ihre Säuberungsaktion auf Bramfeld ausgedehnt. Der Verkehr auf der Stadt- und Vorortbahn konnte auch heute morgen noch nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden. Die Lage auf den Werften war heute morgen immer noch unverändert. Die Arbeiter scheinen bisher nicht das geringste Inter-esse an einer Wiederaufnahme der Arbeit zu haben.“

Im preußischen Schiffbek

Das heute zum Stadtgebiet Hamburg ge-hörende Billstedt hieß 1923 noch Schiffbek und war preußisch. Im ersten Ansturm waren die beiden hier gelegenen Wachen überrannt worden. Auch das Postamt wurde besetzt. Gegen diesen starken Widerstandspunkt wur-den die verfügbaren Kräfte eingesetzt, die nach der Überwältigung der Oktoberkämpfer in Eimsbüttel und Barmbek frei geworden waren. Die Staatsorgane waren sich darüber im klaren, daß hier nur ein planmäßiges Vor-gehen mit stärkeren Kräften in Frage kommen konnte. Am Nachmittag des 24. Oktober kamen denn auch vier Bereitschaften, zwei Panzerwagen, das Landungskommando des Kreuzers „Ham-burg“, berittene Po-lizei und zu Auf-klärungs-zwecken ein Flugzeug zum Ein-satz. Hier vollzog sich dann der Kampf ähnlich wie an den anderen Brennpunk-ten des Aufstandes.

Die Gesamtverluste während der Kampf-tage betrugen nach damaligen staatlichen Angaben 17 Tote und 62 Verwundete auf seiten der Polizei, 61 Tote und 267 Verwundete auf seiten der Bevölkerung.



„Haben Sie Waffen?“



Zeitungsmeldungen Anno 1923

Quelle: Hamburger Volkszeitung, Sonnabend, 23. Oktober 1948

24. Juli - Frankfurt a.M.

„Die Frankfurter Sozialdemokratische Partei, die Kommunisten und der Afa-Bund hatten für gestern nachmittag zu einer Kundgebung gegen Wucher und Faschismus aufgerufen. Sämtliche Geschäfte der Stadt waren geschlossen. Von den Fabriken zogen die Arbeiter in geschlossenen Zügen nach dem Römerberg. Es beteiligten sich mindestens 100.000 Personen.“

1. August - Essen

„Im Oberhausener Bezirk ist eine neue Streikbewegung ausgebrochen. Die Oberhausener Bergarbeiter forderten eine einmalige Beihilfe von fünf Millionen Mark.“

Letzte Berliner Dollar-Notierung:
1 097 250 bis 1 102 750 Mark für 1 Dollar.

Eine Tageszeitung kostet 4000 Mark, der Mindesteintrittspreis in Lichtspieltheatern 18000 Mark.

4. August - Wiesbaden

„Lebensmittelknappheit und Teuerung haben zu Ausschreitungen geführt. Kolonialwaren- und Fleischgeschäfte wurden von der Menge geplündert.“

8. August - Chemnitz

„In Chemnitz kam es gestern zu Ruhestörungen. Eine tausendköpfige Menge erzwang in einer Niederlage

den Verkauf von 175 Zentnern Margarine zum Preise von 80000 Mark für das Pfund.“

Letzte Dollar-Notierung:
4 000 000 Mark für 1 Dollar.

13. August - Hamburg

„Heute morgen kam es am Hafen zu Zusammenstößen. Schon in den frühen Morgenstunden sammelten sich auf der Reeperbahn und in der Hafengegend Tausende von Arbeitern. Der ganze Verkehr nach und von der Stadt wurde sehr schnell unterbrochen.“

16. August - Hamburg

„Die Fahrpreise für den Hamburg-Altonaer Stadt- und Vorortverkehr werden vom 20. August ab um 900 Prozent erhöht. Danach kommt eine Fahrt auf der Stadtbahn Altona-Barmbek auf 40 000 Mark in der dritten Wagenklasse. Die Wochenkarte kostet 250 000 Mark, die Monatskarte dritter Klasse 1 Million Mark.“

21. August - Lübeck

Die SPD-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft erklärte:

„Die Haltung des Senats anlässlich der Ausschreitungen der Polizei vom 9. bis 11. August und nachher machen es uns unmöglich, ihm in seiner jetzigen Zusammensetzung auch weiterhin unsere

Unterstützung zu leihen. Wir fordern deshalb eine Umwandlung des Senats.“

31. August - Berlin

„Die Regierung ist darüber informiert, daß der Kronprinz die Absicht haben soll, nach Deutschland zurückzukehren.“

8. September - Berlin

Der Ruhrindustrielle Hugo Stinnes schrieb:

„Will das deutsche Volk leben, so muß es weniger Luxus treiben und mehr sparen als vor dem Kriege und mindestens soviel und solange arbeiten wie in der Vorkriegszeit.“

15. September - Berlin

„Trotz scharfen Vorgehens der Polizei haben die umfangreichen Kartoffeldiebstähle auf den Feldern in der Umgebung Berlins noch nicht nachgelassen.“

22. September - Krefeld

„Unter den Bergarbeitern der linksrheinischen Zechen sind Unruhen ausgebrochen. Trupps, mit Knüppeln bewaffnet, gingen auf die Dörfer und verlangten Lebensmittel. Es handelt sich zumeist um Bergarbeiter, die seit einer Woche keinen Lohn mehr erhalten haben.“



Die „Prawda“ gibt am 7. November 1923 einen Augenzeugenbericht über das Kampfgeschehen wieder:

Niemals und nirgends beobachtete ich ein so mitfühlendes Verhalten der Bevölkerung zu den kämpfenden Genossen wie diesmal.

Es ist gar nicht nötig, von den Arbeitern zu sprechen. Ja, auch die Bürgerlichen, der kleine Kaufmann, der Beamte, Leute der

freien Berufe, alle verhielten sich mit offensichtlichem Mitgefühl zu den Helden, welche in den Schützengräben hinter den Barrikaden lagen.

Sie versorgten die Kämpfer, teilten ihnen verschiedene Nachrichten über das Vorrücken des Feindes mit. Die Inhaberin eines kleinen Ladens

drängte sich trotz Lebensgefahr durch die Kampffront, brachte 120 Patronen und übergab sie einem bekannten Kommunisten.

Die parteilosen Frauen waren die hauptsächlichlichen Erbauer der Barrikaden. Sie waren es, die uralte Bäume fällten, das Pflaster aufrissen, die Schützengräben gruben, die Werkzeuge für all diese Arbeiten beschafften.“ 1

1 zitiert in „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“

26. September - München

„Die vaterländischen Kampfverbände in München treffen in fieberhafter Eile die letzten Vorbereitungen. In der Führersitzung des deutschen Kampfbundes am 25. September haben die Führer der Kampfverbände „Oberland“ und „Reichsflagge“, in denen sämtliche Sturmabteilungen der Nationalsozialisten zusammengeschlossen sind, die Notwendigkeit einer einheitlichen politischen Leitung empfohlen. In voller Übereinstimmung in Weg und Ziel übertragen die Kampfverbände diese politische Leitung Herrn Adolf Hitler. - Die Nationalsozialisten stellen jetzt auch Kavalleriereformationen auf.“

26. September - Köln

„Nach durchaus zuverlässigen Mitteilungen planen die rheinischen Sonderbündler (Separatisten) am 30. dieses Monats in Düsseldorf die Ausrufung der rheinischen Republik.“

26. September - Berlin

„Standrecht über Deutschland. Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über.“

1. Oktober - Küstrin

„Die Festung Küstrin ist von Truppen nationaler Verbände besetzt worden. Es treffen fortgesetzt Verstärkungen von allen Seiten ein. Die Reichswehr hat keinen Widerstand geleistet.“

2. Oktober - Dresden

„Die Kommunisten haben die sofortige Mobilisierung der Massen, die Bewaffnung der Arbeiterschaft und die Durchführung des politischen Massenstreiks gefordert als Bedingung ihres Eintritts in die sächsische Regierung.“

5. Oktober - Berlin

„Die Reichshauptkasse weist vom 21. bis 30. September eine Einnahme von 640 Billionen Mark und eine Ausgabe von 40 065 Billionen Mark auf. 39 500 Billionen Defizit in zehn Tagen!“

8. Oktober - Berlin

„Die deutschen Industriellen Stinnes, Klöckner, Vögeler und von Velsen verhandelten über den Kopf der Regierung, also auf eigene Faust, mit General Degoutte.

Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ will erfahren haben, daß die deutschen Industriellen, die den General Degoutte aufsuchten, gegen die Steuern, auch die Kohlensteuer, im Prinzip nichts einzuwenden haben, sich aber mit ihren Sätzen nicht ganz einverstanden erklären wollen.“

9. Oktober - Essen

„Einführung der Vorkriegsarbeitszeit im Ruhrbergbau. Der rheinisch-westfälische Bergbau sieht sich gezwungen, ab Dienstag, den 9. Oktober

1923, die vor Ausbruch des Krieges (d.h. vor 1914) gültigen Schichtzeiten (8 ½ Stunden unter Tage, 10 Stunden über Tage) wieder einzuführen. Die für die bisherigen Schichtzeiten festgesetzten Löhne gelten nunmehr für die neuen Schichtzeiten.“

10. Oktober - Gelsenkirchen

„Die Gewerkvereine christlicher Bergarbeiter haben beim Reichskanzler den Antrag gestellt, die Zechendirektoren im Ruhrgebiet zu verhaften, da sie einen schweren Verstoß gegen die Reichsverfassung und gegen andere gesetzliche Bestimmungen begangen hätten.“

„Die Belegschaften sämtlicher Zechen im Ruhrgebiet waren gestern der Parole der Gewerkschaften gefolgt und hielten ihre bisherige Arbeitszeit ein.“

15. Oktober

„Plünderungen und Krawalle in Berlin und Frankfurt a.M.“

22. Oktober - Nürnberg

Gestern hielt Hitler hier eine Rede, in der er erklärte:

„Die Staatsform, die unser Volk heute braucht, ist weder Republik noch Monarchie, es ist die völkische nationale Diktatur.“

100 Jahre Hamburger Aufstand

Von Olaf Harms, Vorsitzender der Gedenkstätte Ernst Thälmann

*Vom 23. bis 25. Oktober jährt sich zum 100. Mal das Ereignis, das in die Geschichte als Hamburger Aufstand eingegangen ist. Hamburger Arbeiter*innen unter Führung der kommunistischen Partei versuchten mit einem bewaffneten Aufstand das Signal für die Revolution in Deutschland zu geben.*

Allgemeine Lage in Deutschland

Die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschlands im Jahre 1923 war durch folgende Hauptmomente gekennzeichnet:

Die im Januar 1923 erfolgte Besetzung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes durch Frankreich und Belgien hat Deutschland der hauptsächlichsten lebenswichtigsten Grundlagen seiner Wirtschaft beraubt: 80 % der Eisen- und Stahlerzeugung und 71 % der Kohlenförderung gingen verloren. Im Zusammenhang damit brach über die deutsche Industrie und die gesamte Volkswirtschaft des Landes eine schwere Wirtschaftskrise herein.

Die katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft wurde gekennzeichnet durch drei Momente des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens: das Erliegen der Industrie und die Zunahme der Erwerbslosigkeit, den Zusammenbruch der Staatsfinanzen und die Geldentwertung. Insgesamt betrug die Zahl der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter (die entweder nur einige Tage in der Woche oder nur einige Stunden am Tag beschäftigt waren) im letzten Quartal des Jahres 1923 ca. 8 Millionen, d.h. mehr als die Hälfte der ganzen Arbeiterklasse Deutschlands

Um die von den Siegermächten auferlegten Reparationskosten aufzubringen, ließ die Reichsregierung die Notenpresse Geld drucken.

Der Prozess der Markentwertung schlug ein geradezu schwindelerregendes Tempo ein. Die sozialen Folgen des Bankrotts der Volkswirtschaft waren ganz unverkennbar und hatten die äußerste Verelendung der Arbeiterklasse und des Mittelstandes nach sich gezogen. Für den Betrag der wöchentlichen staatlichen Erwerbslosen-Unterstützung konnte sich ein Erwerbsloser einen Liter Milch oder ein Pfund Brot kaufen. Die Monatspension eines Rentners reichte gerade aus, um ein Exemplar einer Zeitung oder eine Schachtel Streichhölzer zu kaufen.

Die Wirtschaftskrise des Landes zog die politische Krise nach sich

Anfang August kam es zum Generalstreik, der von den unter dem Einfluss der KPD stehenden Betriebsräten organisiert worden war und die (deutsch-nationale) Regierung Cuno stürzte. Stresemann, den der Präsident der Republik, der Sozialdemokrat Ebert, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte, erklärte, dass er „die letzte bürgerliche Regierung“ bilde. Er war überzeugt, dass diese Regierung gestürzt und in Deutschland die Diktatur des Proletariats errichtet werden würde.

Unter dem Einfluss der wirtschaftlichen Not machte die Revolutionierung der Arbeiterklasse in der Tat rasche Fortschritte. Das Kleinbürgertum erwartete die Rettung von der Aktion des Proletariats und orientierte auf die Revolution. Der Einfluss der KPD unter den Arbeitern begann rasch anzusteigen, während gleichzeitig der Einfluss der Sozialdemokratie unaufhörlich zurückging. Im ganzen Land kam es zu sog. Lebensmittelunruhen, die Arbeiter beschlagnahmten kurzerhand die Lebensmittel in den Läden und verteilten sie. Die Arbeiterklasse bildete spontan prole-

tarische Kampfhundertschaften und bereitete sich auf die Entscheidungskämpfe vor. Im Oktober waren nahezu 250.000 Menschen in diesen proletarischen Hundertschaften organisiert, die zum Teil bewaffnet waren.

Im Oktober kam es in Sachsen und Thüringen zur Bildung von Arbeiterregierungen aus Kommunisten und linken Sozialdemokraten, die in der Folge von den Reichswehrruppen auseinandergejagt wurden.

Diese Hauptmomente der politischen und wirtschaftlichen Lage in der zweiten Hälfte 1923 zeugen davon, dass zu jener Zeit eine akut revolutionäre Situation gegeben war.

Die Lage in Hamburg

Am 21. Oktober wurde auf Initiative der KPD nach Chemnitz ein Betriebsrätekongress einberufen. Dieser Kongress sollte den Generalstreik proklamieren, der in der Folge, so der Plan der KPD, in den bewaffneten Kampf des Proletariats um die Macht umschlagen sollte. Nach der Überzeugung der Hamburger Parteiorganisation ließ die Situation in Mitteldeutschland erwarten, dass von dort aus in den allernächsten Tagen das Signal zum Aufstand gegeben und dass dieser ganz Deutschland erfassen wird.

Zur Zeit des 20. Oktobers war die Stimmung unter den Arbeitermassen Hamburgs revolutionärer als irgendwo sonst in Deutschland. Mit Rücksicht hierauf, sowie auf den Umstand, dass im Hamburger Bezirk keine Truppen standen, und vor dem Hintergrund, dass mit einem günstigen Ausgang des Chemnitzer Kongresses gerechnet wurde, sollte der Aufstand in Hamburg beginnen und zum Signal werden für den Generalaufstand.

Der Aufstand

Es standen sich höchst unterschiedliche Kräfte gegenüber. Auf der einen Seite etwa 250 bis 300 äußerst schwach bewaffnete Arbeiter, auf der anderen Seite mehr als 6.000 Mann aus Reichswehr, Polizei und Reichsmarine, schwer bewaffnet mit Geschützen, Panzern und Torpedobooten. Es gelang den Aufständischen, handstreichartig rund 20 Polizeiwachen zu besetzen. 3 Tage hielten die Kämpfer durch, aktiv unterstützt aus der Bevölkerung, die von ihren kargen Lebensmitteln abgab und beim Barrikadenbau behilflich war. Insbesondere aus den Reihen der Jugend und der Frauen fanden die Kämpfer Unterstützung. Deshalb gelang es der sozialdemokratischen Hamburger Regierung nicht, den Aufstand zu brechen.

Die Hamburger Kommunisten hatten mit dem Aufstand ein Signal an das restliche Reich gegeben, welches ihm jedoch nicht folgte. Eine Ursache liegt auch in der Uneinlichkeit in der KPD. Und nur mit einer hauchdünnen sozialdemokratischen Mehrheit beschloss der Kongress in Chemnitz nicht den Generalstreik. Die Arbeiter verhielten sich in Hamburg zwar solidarisch, ebenso die Masse der in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter. Aber sie griffen nicht aktiv ein, der Aufstand verbreiterte sich nicht, weder in Hamburg noch im Reich. So blieb den Kämpfern nur der Ausweg, nach mehr als 60 Stunden Gefecht, den geordneten Rückzug anzutreten.

Der Hamburger Aufstand endete zwar mit einer militärischen Niederlage, aber mit einem politischen Erfolg. Dieser ist an drei Dingen messbar:

Mehr als 50.000 Mitglieder traten aus der SPD aus. Die KPD, die führende Kraft des Aufstandes, erhielt bei der nachfolgenden Reichstagswahl Stimmengewinne: Reichsweit von 18%

auf 26%, in Hamburg von 11% auf 18%. Das Ansehen der KPD war wegen des Hamburger Aufstandes in der Bevölkerung nicht gesunken, sondern gewachsen. Er zeigte der Arbeiterklasse, dass die Kommunistische Partei sich nicht im Parlamentarismus verlor, sondern sich für die grundsätzlichen Veränderungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung einsetzte

Die Niederlage hatte weitreichende Folgen für die damals noch junge Kommunistische Partei Deutschlands gehabt, immerhin war die Partei gerade mal 5 Jahre alt - der Prozess zur Formierung als starke Interessenvertretung der Arbeiterklasse und revolutionäre Partei mit Masseneinfluss wurde beschleunigt.

Und international begann nach dem Hamburger Aufstand und Aufstandsversuchen in anderen Ländern in der Kommunistischen Internationale die Diskussion über die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus vorerst in einem Land.

Die Lehren des Hamburger Aufstands

Es kann nicht darum gehen, dem Mythos des bewaffneten Kampfes zu huldigen. Er kann nur ein Mittel sein, um sich gegen reaktionäre und bewaffnete Angriffe zu verteidigen.

Jede fortschrittliche Umwälzung der Gesellschaft kann nur dann gelingen, wenn die Masse der Bevölkerung, und insbesondere die Arbeiterklasse, die Werktätigen in den Betrieben und die vom Produktionsprozess Ausgegrenzten, dahinterstehen und aktiv mit eingreifen. Dazu gehört die Arbeit in den Betrieben und den Gewerkschaften. Dort muss es gelingen, über den Abwehrkampf hinaus gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus aufzuzeigen.

Die Menschen in den Betrieben und Stadtteilen können nur gewonnen werden, indem ihre Sorgen und Nöte aufgegriffen werden. Damals wie heute kann es deshalb nur darum gehen, aktiv gegen die Geißel des Kapitalismus, gegen die Massenarbeitslosigkeit und Armut, gegen den Raubbau an den sozialen Sicherungssystemen vorzugehen.

Die Kommunistische Partei als organisierter Ausdruck der kommunistischen Strömung in der Arbeiterbewegung unseres Landes spiegelt in ihrer Geschichte das Leben und Wirken von Generationen von Kommunisten und Kommunistinnen in ihrer Zeit, in den damaligen ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen wider. Von den Erfahrungen früherer Generationen von Kommunisten lernend, und mit den Erfahrungen, die wir heute sammeln, tragen wir dazu bei, die Abwehrkämpfe zu organisieren und schließlich aus der Defensive wieder in die Offensive zu kommen. Deshalb ist die Bündelung aller ehrlichen revolutionären und sich als Kommunistinnen und Kommunisten fühlenden Kräfte nötig.

Je stärker diese Kräfte sind, desto konsequenter lässt sich der Klassenkampf führen.



Wohlsdorfer Straße



Aus der Gedenkstätte

Am 2. August gab es in der Gedenkstätte den Besuch von 36 Bundeswehr-Soldaten und -Soldatinnen einer Sanitätskompanie aus Rheine im Rahmen ihre politischen Woche „Dienen wozu?“

Bei der Führung lag der Schwerpunkt auf den Aktionen gegen den Krieg in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Faschismus. So ergab sich als Antwort auf die Seminarfrage: Eintreten für den Frieden ist eine zentrale Aufgabe auch und gerade in der Bundeswehr. Leider bestand aus Zeitgründen keine Gelegenheit zu einer möglicherweise kontroversen Diskussion.

Am 4. August veranstaltete die Aktion „peace is red“ am Ende ihres Sommercamps eine Demonstration, ausgehend vom Thälmann Haus in der Tarpenbekstraße zum Hafen.

Etwa 120 Teilnehmer und Teilnehmerinnen, viele im Blauhemd und mit den Fahnen der FDJ, folgten dem Transparent „Erst wenn den Proleten die Welt gehört, wird der

Frieden nicht mehr gestört“. Bezug genommen wurde auf den Hamburger Aufstand von 1923. Mit einem Zitat aus der Einschätzung Ernst Thälmanns begann die Auftaktkundgebung. Herausgearbeitet wurde der Zusammenhang von Monopolprofiten vor allem der Rüstungsindustrie und Krieg.

In einem Grußwort von Udo Spengler, Mitglied des Kuratoriums, wurde daran angeknüpft und Jean Jaures (franz. Sozialist, ermordet 1913) zitiert: „Der Kapitalismus beinhaltet den Krieg, wie die Wolke den Regen“. Wie 1914 die SPD Führung ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten damit begründete, dass man gegen das zaristische Russland Freiheit und Demokratie verteidige, so begründet die grüne Außenministerin heute die Unterstützung der Ukraine als Verteidigung westlicher Werte.- Obwohl man durchaus unterschiedlicher Meinung zu den Kriegsparteien sei, so Udo Spengler, sei man doch in einem einig: Der Feind steht im eigenen Land, es sind die Monopole und die Kriegstreiber in der Bundesrepublik.

Eröffnung der Ausstellung:
„100 Jahre Hamburger Aufstand“
am 07. Oktober in der Gedenkstätte



Freundeskreis „Ernst Thälmann e. V., Ziegenhals - Berlin“

Jonasstr. 29, 12053 Berlin;
030/ 27 58 11 70 (AB)

E-Mail:

vorstand@etg-ziegenhals.de;

www.etg-ziegenhals.de ;

www.facebook.com/ETGZiegenhals

Spendenkonto

IBAN:

DE91 1605 0000 1000 9685 92

BIC (SWIFT): WELADED1PMB

Bank: Mittelbrdg. Sparkasse

Kontoinhaber: Freundeskreis „Ernst Thälmann e. V., Ziegenhals - Berlin“

Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ e.V.
Ausstellung, Bibliothek, Archiv im Thälmannhaus

Ernst Thälmann-Platz
(Hamburg Eppendorf)

Tarpenbekstraße 66,
20251 Hamburg

Tel.: 040 / 47 41 84 Fax : 040 / 460 903 23

www.thaelmann-gedenkstaette.de

Kuratorium@thaelmann-gedenkstaette.de

Öffnungszeiten:

Mi. 14.00 - 17.00 Uhr

Do. 10.00 - 13.00 Uhr

Fr. 14.00 - 17.00 Uhr

Gruppenbesuche nach Vereinbarung

Rufen Sie uns gerne an oder senden Sie uns eine E-Mail

Bankverbindung:

Postbank Hamburg

IBAN: DE 98 2001 0020 0133 7372 04 / BIC: PBNKDEFF

V.i.S.d.P.: Olaf Harms

